

Monitoring KW 15

Klima- und Transformationsfonds: Ausgaben deutlich niedriger als geplant

Nur knapp 60 Prozent der eingeplanten Beträge im Klima- und Transformationsfonds wurden zuletzt tatsächlich ausgegeben. Dies könnte Auswirkungen für die jetzt laufenden Haushaltsgespräche haben.

Ein Bericht des Finanzministeriums an den Haushaltsausschuss des Bundestags zeigt, dass die **tatsächlichen Ausgaben des Klima- und Transformationsfonds**, kurz KTF, im vergangenen Jahr **teils deutlich unter den eingeplanten Summen** lagen. Von den geplanten Ausgaben von knapp 36 Milliarden Euro sind nur 20,1 Milliarden Euro abgeflossen. Das entspricht einer Quote von 56 Prozent.

Aus dem Sondervermögen neben dem Bundeshaushalt werden die **Programme zum Umbau der Wirtschaft hin zur Klimaneutralität finanziert**. Eine milliardenschwere Abweichung gab es bei der Bundesförderung Effiziente Gebäude (BEG), die Zuschüsse an Hauseigentümer für die klimafreundliche Modernisierung verteilt. Statt der eingeplanten 16,9 Milliarden Euro flossen nur rund 11 Milliarden Euro ab. Dies dürfte mit dem politischen Ringen um das Gebäudeenergiegesetz im vergangenen Jahr zusammenhängen.

Die Ausgabenlücke könnte nun auch **Auswirkungen auf die Verhandlungen zum Haushalt 2024** haben. Bis zum 19. April erwartet Finanzminister Christian Lindner (FDP) Vorschläge der Ministerien, wie diese in ihren Etats die Ausgaben senken wollen.

Bevölkerungsentwicklung BW

Eine Prognose der Bertelsmanns Stiftung gibt an, wie sie die Bevölkerung in Baden-Württemberg in den nächsten Jahren entwickeln soll und welche Städte besonders stark wachsen könnten.

Die **Bevölkerungszahl in Baden-Württemberg wird** der Prognose zufolge insgesamt **deutlich auf 11,61 Millionen zulegen**. 2040 leben dann rund 510.000 Menschen mehr im Land als noch im Jahr 2020. Das entspricht der Studie zufolge einem Zuwachs von 4,6 Prozent. Im Vergleich zum Bundestrend ist das deutlich mehr, denn deutschlandweit soll das Wachstum bei gerade mal 0,6 Prozent liegen.

Warum es so viele Menschen in die Städte und Kreise Baden-Württembergs zieht, geht aus der Vorabveröffentlichung nicht hervor. **Starkes Wachstum wird in Heilbronn erwartet.** Dort dürfte es an der anstehenden Veränderung in Sachen Künstlicher Intelligenz (KI) liegen. Denn dort wird unter anderem bald das größte KI-Zentrum Baden-Württembergs, der IPAI, eröffnet.

Problem Pflege: Wird die Prognose Recht behalten, dann wird es bald mehr alte Menschen geben. Bis 2040 wird mehr als jeder Vierte über 65 sein. Damit steigt auch die Zahl der Pflegebedürftigen stark an.

Regierungskommission plädiert für höhere Mehrwertsteuer auf Fleisch

Seit Jahren treffen sich Experten, um die Landwirtschaft zu reformieren. Einer ihrer Vorschläge, den diese bei einem Treffen vergangener Woche an Olaf Scholz weiterleiteten: Die **Steuern auf Fleisch sollen steigen.**

Die Zukunftskommission Landwirtschaft (ZKL) plädiert in einem Eckpunktepapier für eine **höhere Mehrwertsteuer auf Fleisch und Fleischprodukte.** Eine Anhebung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes für tierische Produkte **sei relativ einfach umzusetzen**, argumentierte das Beratergremium. Derzeit gilt für Fleisch der ermäßigte Steuersatz von sieben Prozent.

Mit den Mehreinnahmen soll der **Umbau der Tierhaltung finanziert werden**, da mittelfristig deutlich mehr Mittel für den Umbau der Nutztierhaltung benötigt werden.

Ebenfalls wird ein möglicher Kompromiss, im Sinne einer **schrittweisen Anhebung** der Mehrwertsteuer auf Fleisch **als Möglichkeit** in Betracht gezogen, sodass der Preis nicht schlagartig steigt. Dieses Vorgehen favorisiere etwa der Deutsche Bauernverband, der auch der ZKL angehört.

Schwächere Baustandards und Subventionen sollen Wohnungsbau ankurbeln

Mit einer Sonderförderung sollen Bund und Länder aus Sicht von Verbänden der Bau- und Immobilienbranche die Flaute im Wohnungsbau beheben.

Sieben Verbände - darunter die Gewerkschaft IG BAU, der Mieterbund und der Bauverband ZDB - präsentierten auf dem jährlichen Wohnungsbautag zwei in Auftrag gegebene Studien.

Gestiegene Zinsen und **deutliche Auftragsrückgänge** belasten demnach die Baubranche. Die hohen Zinsen und Baukosten haben zuletzt für eine **Flaute am Bau** und hier vor allem beim

Wohnungsbau gesorgt. Denn viele Privatleute können sich Bauen nicht mehr leisten, und für Investoren rentiert es sich derzeit kaum.

Die Branche fordert deshalb Maßnahmen der Politik, um die Baukonjunktur anzukurbeln. Dazu solle die Politik **Effizienzvorgaben für den Wohnungsbau zurücknehmen** und **Milliardenhilfe bereitstellen**, forderte die Wohnungs- und Bauwirtschaft. Ferner appellierten die Branchenvertreter an die Politik, Baustandards und damit Herstellungskosten nicht weiter zu erhöhen.

Antrag zum Hochlauf der Elektromobilität abgelehnt

Der Wirtschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am Mittwoch den Antrag der CDU/CSU-Fraktion mit dem Titel „Hochlauf der Elektromobilität nicht gefährden - Gewerbliche Förderung beim Umweltbonus wieder einführen“ mehrheitlich abgelehnt.

Gegen den Antrag stimmten die Koalitionsfraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP sowie die AfD-Fraktion. Dafür stimmte die Unionsfraktion, die Gruppe Die Linke enthielt sich.

In dem Antrag forderte die Unionsfraktion, die **gewerbliche Förderung** von batterieelektrischen Fahrzeugen (BEV) und Brennstoffzellenfahrzeugen (FC) einschließlich des gewerblichen Leasings im Umweltbonus bis zum Inkrafttreten der Sonderabschreibung für Elektrofahrzeuge gemäß Paragraf 7c Einkommensteuergesetz **wieder uneingeschränkt zuzulassen**. Weiterhin soll den Fahrzeugherstellern **Planungssicherheit** gewährt werden und sicherzustellen, dass der Umweltbonus **missbrauchssicher** ausgezahlt wird.

Wirtschaftsministerium setzt sich im Bundesrat für Nachbesserungen beim Vierten Bürokratieentlastungsgesetz ein

Das Wirtschaftsministerium Baden-Württembergs will sich im Bundesrat für Nachbesserungen beim Vierten Bürokratieentlastungsgesetz einsetzen.

Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus hat in einem Pressestatement verkündet, im Rahmen der Bundesratsbefassung zum Vierten Bürokratieentlastungsgesetz (BEG IV)

Anträge mit zahlreichen konkreten Vorschlägen bezüglich weitergehenden Entlastungen

eingebraucht zu haben. Diese konkreten Vorschläge seien mit den Partnern der Entlastungallianz BW erarbeitet worden.

Dazu **Ministerin Hoffmeister-Kraut**: „Mit unseren Anträgen fordern wir zusätzliche Entlastungen in den Bereichen, die der Wirtschaft einen tatsächlichen Mehrwert bringen können. Ich danke den Partnern der Entlastungsallianz, die durch ihre konstruktiven Beiträge mit dazu beigetragen haben.“

Die Bundesregierung hatte am 13. März 2024 den Gesetzentwurf zu einem Vierten Bürokratieentlastungsgesetz (BEG IV) beschlossen. Das BEG IV bündelt eine Reihe von Einzelmaßnahmen und sieht unter anderem eine Verkürzung von Aufbewahrungsfristen für Buchungsbelege im Handels- und Steuerrecht, Maßnahmen zur Förderung der Digitalisierung sowie eine Abschaffung der Hotelmeldepflicht für deutsche Staatsangehörige vor. Im weiteren Gesetzgebungsverfahren wird **nun zunächst der Bundesrat zu dem Gesetzentwurf Stellung nehmen**.

Statistik der offenen Arbeitsstellen

Die Statistik der bundesweit offenen Arbeitsstellen im Jahr 2023 liegt nach einer Anfrage im Bundestag vor.

Nach Angaben der Statistik der Bundesagentur für Arbeit sind im Jahr 2023 bei den Agenturen für Arbeit und den Jobcentern im Durchschnitt **insgesamt rund 761.000 offene Arbeitsstellen gemeldet** worden. Im Jahresdurchschnitt 2015 waren es rund 569.000 Arbeitsstellen. Die Bundesregierung betont, dass bei diesen Zahlen beachtet werden müsse, dass den Agenturen für Arbeit und den Jobcentern **nicht alle Arbeitsstellen gemeldet werden**. „Das **gesamtwirtschaftliche Stellenangebot ist höher**. Nach Betriebsbefragungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) wird knapp die Hälfte des gesamtwirtschaftlichen Stellenangebots gemeldet. Dabei kann die Meldequote zwischen den Branchen beziehungsweise Berufen recht unterschiedlich ausfallen“, schreibt die Regierung weiter.

Im Verlauf des Jahres 2023 wurden nach Angaben der Regierung **insgesamt rund 1,12 Millionen Arbeitsstellen abgemeldet**, die besetzt wurden. In der Jahressumme 2015 waren es demnach rund 1,37 Millionen. „In der Statistik der gemeldeten Arbeitsstellen liegen keine weiteren Informationen darüber vor, auf welchen Wegen es genau zur Stellenbesetzung kam“, heißt es in der Antwort.

KfW-Digitalisierungsbericht Mittelstand 2023

Der von der Corona-Pandemie **ausgelöste Schub bei der Digitalisierung hält an**. Das zeigt der KfW-Digitalisierungsbericht Mittelstand zum Abschluss des Jahres 2023.

Der **Anteil der Unternehmen mit abgeschlossenen Digitalisierungsprojekten steigt** im Mittelstand um 2 Prozentpunkte auf 33 %. **Zurückzuführen ist der aktuelle Anstieg auf die Entwicklung bei den kleinen Unternehmen**, bei denen dieser Anteil auf 29 % zunimmt. Jedoch liegt der Anteil der Unternehmen mit Digitalisierungsvorhaben in allen Unternehmensgrößenklassen höher als vor der Pandemie. Auch die **Digitalisierungsausgaben fallen mit aktuell 29,3 Mrd. EUR deutlich höher als vor der Pandemie** aus.

Das KfW-Mittelstandspanel wird seit dem Jahr 2003 als schriftliche Wiederholungsbefragung der kleinen und mittleren Unternehmen in Deutschland mit einem Umsatz von bis zu 500 Mio. EUR im Jahr durchgeführt. Mit einer Datenbasis von bis zu 15.000 Unternehmen pro Jahr gehört der Bericht zu einem der relevantesten Publikationen zum Thema Digitalisierung.